

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger
Erscheinung monatlich RM. 3.00 (einschließlich
70 Pfg. für Zustellung), durch Postbezug
RM. 3.30 (einschließlich 60 Pfg. Postgebühr
(ohne Postzustellungsgebühr) bei halbjährlichem
oder wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-U. 1, Marien-
straße 33/32, Fernruf 25231. Postfachkonto 1068 Dresden
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Unterpauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberversicherungsamt Dresden

Werkstattgröße: 90 mm breite Grundgröße 85 Pfg.,
außwärts 40 Pfg. Anzeigenblätter u. Kabelle nach
Zert. Familienanzeigen und Stellenangebote er-
hältliche Preise. Cst.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck
nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten.
Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Teilweise 40-Stunden-Woche in Amerika

Scharfe weitere Maßnahmen Roosevelts

Washington, 10. Juli. Auf Grund der dem Prä-
sidenten in dem Gesetz zur Industrielerholung ein-
geräumten Vollmacht hat Roosevelt die erste ein-
schneidende Verordnung unterzeichnet, um eine Er-
höhung der Löhne und eine Unterbringung der
Arbeitslosen in den Betrieben zu erzwingen. Die
Baumwollindustrie wird dadurch gezwungen, die Vierzig-
Stundenwoche und einen Mindestlohn von 12 Dollar
ab 17. Juli einzuführen. Weitere ähnliche Maßnahmen in
anderen Industrien sind bald zu erwarten, um die Durch-
führung des Erholungsprogramms sicherzustellen. Die an-
gekündigten Strafmaßnahmen gegen den Lebensmittelpreiser-
höhung werden zur Zeit noch eingehend besprochen. Ihre Verfü-
gung ist gleichfalls in den nächsten Tagen zu erwarten.

Dollarstabilisierung 1935?

Paris, 10. Juli. Nach einem Telegramm des „New York
Herald“ aus New York dürfte die Stabilisierung des Dollars
wahrscheinlich auf das Jahr 1935 verschoben werden. Prä-
sident Roosevelt stelle als Vorbedingung für die Stabilisier-
ung eine vernünftige Preissteigerung, ferner den Aus-
gleich des Budgets.

Engländer bewundert deutsches Arbeitslager

London, 10. Juli. Ein Sonderkorrespondent des „Daily
Express“ schildert den tiefen Eindruck, den er bei einem
Besuch in rheinländischen Arbeitslagern empfangen hat, und
sagt, eines der schwierigsten Weltprobleme, nämlich die Auf-
rechterhaltung der Moral der Arbeitslosen, werde von
den Nationalsozialisten in bemerkenswerter Weise in An-
griff genommen. Anstatt den Arbeitslosen zu erlauben,
durch Müßiggang in ein verbrecherisches Leben hinabzu-

gleiten und körperlich zu verwaarloosen, werden sie mit
militärischer Disziplin ausgebildet und mit nützlich-
lichen öffentlichen Arbeiten beschäftigt. Jeder Arbeiter
kann das Lager verlassen, wenn er wolle; aber den meisten
gefalle das harte Leben nach der traurigen Erfahrung der
Unfähigkeit.

Das finnische Wahlergebnis

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Juli. Aus Finnland liegt nunmehr ein
vorläufiges Ergebnis der Parlamentswahlen vor.
Es ist möglich, daß diese Zahlen noch kleine Ände-
rungen erfahren. An dem Gesamteindruck dürfte sich
aber kaum etwas ändern. Sehr gut haben danach die
Sozialdemokraten abgeschnitten, die von den 200
Mandaten des finnischen Reichstages 88 statt ihren bis-
herigen 66 erhalten. Dieses Anwachsen der Sozialdemo-
kraten dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei den
letzten Wahlen, die im Jahre 1930 unmittelbar nach dem
Vappomarsch auf Helsinki stattfanden, die Kommu-
nisten von der Wahl ausgeschlossen wurden und damals
nur teilweise, jetzt offenbar in großem Umfang sozial-
demokratisch wählten. Die Agrarpartei erhielt 54 statt
bisher 59 Sitze. Die nationale Sammlungspartei,
die ein Wahlbündnis mit der Vappopartei eingegangen
war, ging von 42 auf 32 Mandate zurück. Von diesen
Abgeordneten werden sich voraussichtlich 20 zur sogenann-
ten Vappogruppe rechnen. In den Kreisen dieser Be-
wegung, die schon mehrmals sehr entscheidend in die Ent-
wicklungen Finnlands eingegriffen hat, verweist man
darauf, daß die Abgeordnetenziffer über die Beurteilung
der Stärke der Partei nicht maßgebend sein könne, da
gerade die Vappopartei viele Anhänger unter der Ju-
gend des Landes habe, also Mitglieder, die noch nicht
das Wahlalter von 24 Jahren erreicht haben.

Ueberschwemmungskatastrophe in Karpatho-Rußland

Bisher zwei Tote geborgen — 2000 Personen obdachlos

Prag, 9. Juli. Karpatho-Rußland, der östliche Teil
der Tschechoslowakischen Republik, ist von einer kata-
strophalen Ueberschwemmung heimgesucht wor-
den. Bisher wurden zwei Tote geborgen. 50 weitere Per-
sonen werden vermisst, und man befürchtet, daß diese in
ihren Wohnungen ertrunken sind. 2000 Personen sind
obdachlos.

Die Fluten überraschten die Einwohner während der
Nacht. In einer einzigen Gemeinde sind 250 Häuser ein-
gestürzt. Das Wasser stieg stellenweise sieben Meter über
Normal. Die Bevölkerung konnte nur das nackte
Leben retten. Unterhalb Wolat bildet die Theiß einen
10 Kilometer breiten See. In der Theiß wurden mehrere
schwimmende Leichen gesehen.

Schweres Unwetter über Ellwangen

Ellwangen (Württemberg), 10. Juli. In den frühen
Nachmittagsstunden des Sonntags ging über der Stadt ein
schweres Unwetter nieder, so daß in kurzer Zeit das
Wasser meterhoch durch Straßen und Gassen floß und
die Keller füllte. Ein kleines Haus stand bis zur Hälfte
unter Wasser, so daß die Blumentöpfe am Fensterbrett nicht
mehr sichtbar waren. In den städtischen Anlagen hatten sich
die Wassermassen gestaut und einen Stand von anderthalb
Meter erreicht. Die Feuerwehr mußte zur Freimachung
der überfluteten Keller eingesetzt werden. Ein Gast-
haus, das am Hang liegt, wurde von den herabstürzenden
Wassermassen bedroht, so daß größte Gefahr für das Ge-
bäude besteht. Zudem richtete ein Hagelschlag großen
Schaden an.

Madriider Schnellzug entgleist

Zwei Tote, 47 Verletzte

La Coruna, 10. Juli. Am Sonntag ereignete sich in
der spanischen Provinz Galicien ein schweres Eisenbahn-
unglück, wobei zwei Personen getötet und 47 zum Teil
schwer verletzt wurden. Ein Reisender wird noch vermisst.
Der Madriider Schnellzug entgleiste aus bisher un-
bekannter Ursache etwa 40 Kilometer vor La Coruna. Einzel-
heiten über dieses Unglück sind noch nicht bekannt.

Der Caritas-Verband dankt Hitler

Freiburg im Breisgau, 10. Juli. Nach Bekanntwerden
der Paraphierung des Konkordates zwischen dem Heiligen
Stuhl und der Reichsregierung hat der Deutsche Caritas-
Verband folgendes Telegramm an den Herrn Reichskanzler
gesandt: „Mit aufrichtigem Dank gegen Gott bedau-
erlicherweise wir die Reichsregierung zum erfolgreichen Ab-
schluß des Konkordates und geloben allezeit die
treueste Pflichterfüllung im Dienste der Notleidenden un-
seres heiliggeliebten Volkes.“

Gegenrevolutionäre Strömung in Rußland

Offene Worte eines Volkskommissars

Moskau, 10. Juli. In der Sowjetunion wird die
Rede des Volkskommissars für die Schwerindustrie, Kuibyschew,
veröffentlicht, die dieser am 8. Juli bei der Jah-
resfeier der Bundesverfassung gehalten hat. In dieser
großen außen- und innenpolitischen Rede hat Kuibyschew
die gesamte politische Lage der Sowjetunion er-
örtert. Stalin habe in der letzten Zeit das Anwachsen ge-
wisser gegenrevolutionärer Elemente festgestellt. Diese
hätten versucht, die Industrie und die Landwirtschaft zu zer-
stören, um wieder ihr kleinbäuerliches
Regime zu errichten. Besonders habe es sich hier um
die Bauern, die jede Gelegenheit benutzten, um die
Sowjetunion zu schädigen. Die Bauern versuchten, die
neue Ernte dem Staat zu entziehen, um dadurch die ge-
samte Getreidepolitik zu sabotieren. Man müsse
damit rechnen, daß sich gewisse außenpolitische Vorgänge auf
die innere Lage des Landes auswirken könnten.

Dann beschäftigte sich Kuibyschew mit der außenpoli-
tischen Lage. In letzter Zeit sei die Welt in zwei Teile
geteilt worden, einen kapitalistischen und einen
sozialistischen. Der Kampf zwischen den beiden Welt-
anschauungen komme jetzt hart zum Ausdruck. Die Sowjet-
regierung gebe sich die größte Mühe, jeden kriegerischen
Konflikt zu vermeiden. Trotzdem müsse Rußland für seine
Sicherheit alles tun und die Wehrmacht stärken. In
Moskauer diplomatischen Kreisen hat die scharfe Rede
Kuibyschews über die innenpolitische Lage großes Auf-
sehen erregt. Man betont, bis jetzt habe niemand so
offen über die Innenpolitik gesprochen und schließt daraus,
daß die Zahl der gegenrevolutionären Elemente besonders
unter den Bauern stark zugenommen hat.

Ernster russisch-mandschurischer Zwischenfall

Chardin, 10. Juli. Das russische Militär hat an der
Mündung des Sungarflusses einen mandschurischen
Dampfer beschlagnahmt. Die mandschurische
Regierung hat einen sehr scharfen Protest erhoben und drei
Kanonenboote nach dem Sungaribetta entsandt. Zwei weitere
japanische Kanonenboote und zwei Transportschiffe sind
nach dem Uffurflus unterwegs, der längs der mandschu-
rischen Ostgrenze fließt.

1600 Zwangsgestellungen in Wien

Dollfuß will noch rückständiger vorgehen

Wien, 10. Juli. Die Wiener Polizei hat den Befehl
nächster Zwangsgestellungen, den sie kürzlich mit 880 Per-
sonen angeordnet hat, in den ersten Morgenstunden des
Sonntags fast verdoppelt, indem sie nicht weniger als 1600
Personen zwangsgestellt hat. Es scheint sich hier um ein
neues System der Beunruhigung zu handeln, da von
den Zwangsgestellten 400 Personen den Patrouillen zur

nächsten Wachstube folgen mußten und nur 50 überhaupt
im Polizeiarrest behalten wurden. Vermutlich ist dieses
System auf die Verschärfung des Kurzes gegen die
Nationalsozialisten zurückzuführen, von der Bundeskanzler
Dollfuß in einer am Sonntagabend abgehaltenen Ver-
sammlung sprach, indem er ein noch rückständigeres Vor-
gehen ankündigte. Dollfuß erklärte dabei u. a.: „Man will
unseren Fremdenverkehr schädigen, und im Inlande und
im Auslande verkommen. Lumpen, deren man nicht hab-
haft werden kann, streuen die gemeinsten Verleumdungen
und Verdächtigungen aus.“ Einige Sätze später heißt es
dann aber: „Wenn Deutschland auf der Basis vollkommener
Gleichheit und Gleichberechtigung mit Österreich verkehrt,
dann würden auch die letzten Schwierigkeiten und Spannungen
beseitigt werden.“

Wirtschaftsunion Desterreich-Ungarn?

Neue Schwierigkeiten, aber keine Lösung des Besuchs Gömbös in Wien

Berlin, 10. Juli. Der Wiener Besuch des ungar-
ischen Ministerpräsidenten Gömbös erinnert daran, daß
unabhängig von den wechselnden Phasen der gesamt-
europäischen Konstellation die einzelnen Nachfolgestaaten der
Donaumonarchie ihre Sorgen und Interessen haben.
Der ungarische Ministerpräsident ist, wie auch sein vor-
einigen Wochen in Berlin erfolgter Besuch beweist, eifrigst
bemüht, die wirtschaftliche Lage des ausgesprochen agrar-
landes Ungarn durch Vereinbarungen mit denjenigen Län-
dern, die als Abnehmer in Frage kommen können, zu ver-
bessern. Seit Jahren wartet Ungarn vergeblich auf
wirksame Hilfe derjenigen Staaten, die für die Gren-
zabgrenzung von Trianon und damit für die besonders schwierige
Lage des Landes verantwortlich sind. Vor drei Jahren hatte

Deutschland durch seine Bereitschaft zu Präferenz-
verträgen mit den Südosteuropäischen Staaten,
insbesondere mit Ungarn und Rumänien, eine
Initiative ergriffen,

die eine praktische Hilfeleistung für alle diese Staaten mit
immer mehr schwindender wirtschaftlicher und finanzieller
Leistungsfähigkeit bedeutet hätte. Politische und wirtschafts-
politische Aktivitäten von den verschiedenen Ländern
haben verhindert, daß dieser Gedanke sich so auswirkte,
wie es notwendig gewesen wäre: als ausgesprochene Vor-
zugsbehandlung einiger besonders besonders gesähr-
deter Länder. Die Konferenz von Stresa hat im
vorigen Jahr versucht, diesen Präferenzgedanken mit dem
politischen Mißtrauen Frankreichs gegenüber
dem deutschen Einfluß im Donauraum auf eine Formel zu
bringen, wodurch lediglich einige todegeborene Resolutionen

zustande kamen. Nun ist in diesem Jahr — wie es heißt —
unter aktiver Förderung durch Fiat die Idee der Gedanke eines
engeren Anschlusses zwischen Desterreich und Ungarn ver-
treten worden. Schon vor Wochen, als dieser Gedanke in
der tendenziösen Form einer Dababurger Restau-
ration auftauchte, wurde ein wirtschaftlicher Zusammen-
schluß zwischen Desterreich und Ungarn vor allem in Eng-
land als die natürliche Lösung des so lange verschleppten
Donauraumproblems befürwortet. Auch jetzt scheint eine

Wirtschaftsunion der beiden Länder das Ziel der Verhandlungen

zwischen Desterreich und Ungarn zu sein, wobei man sich
aber zweifellos darüber klar ist, daß diese Art von Zu-
sammenschluß nur unter beträchtlichen Schwierig-
keiten verwirklicht werden könnte und auch dann noch
nicht die wirkliche Lösung wäre. Es braucht nur
daran erinnert zu werden, daß das Gutachten des Haager
Gerichtshofes vom September 1931 eine Fiktion Dester-
reichs mit einem anderen Staat als Veräußerung der
wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes und
damit als unvereinbar mit dem neuerdings bestätigten An-
schlußprotokoll von 1923 erklärt hat. Auf alle Fälle müßten,
wie dies Gömbös gestern schon angedeutet hat, die Be-
ziehungen zur Kleinen Entente einer umfassenden
Regelung unterzogen werden, wobei man auch wieder nicht
vergessen dürfte, daß eine Art Wiederherstellung des wirt-
schaftlichen Bestandes der Doppelmonarchie heute, nachdem
im Gebiete der Nachfolgestaaten so erhebliche wirtschaftliche
Veränderungen eingetreten sind, nur eine Summierung von
Schwierigkeiten und für manche Teilnehmer ein zünftiges
Experiment wäre.